Der Reidemeister

Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land

Herausgegeben vom Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid e.V.

Nr. 211 8. August 2017

„Einigkeit und Recht und Freiheit“

Der Tag der deutschen Einheit in Lüdenscheid in den Jahren nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Hartmut Waldminghaus

Der 17. Juni 1953

Wenn jährlich am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, der friedlichen Revolution in der DDR und des Mauerfalls in Berlin im Jahr 1989 gedacht wird, fehlt in der Regel nicht der berechtigte Hinweis auf die vorausgegangenen Freiheitsbewegungen in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn. Deutschland war das letzte Glied in einer Kette revolutionärer Entwicklungen in der kommunistischen Welt. Die politischen Bewegungen für Menschenrechte und Selbstbestimmung der Völker erstreckten sich über Jahrzehnte und führten letztlich zur Auflösung des sowjetischen Imperiums. Die deutsche Wiedervereinigung bildete nicht nur das Ende dieser Entwicklung; die Deutschen in der DDR standen auch an ihrem Anfang. Die dortige Erhebung vom 17. Juni 1953 war der erste große

Abb. 1) Einige tausend Menschen füllten während der Kundgebung aus Anlass des Tages der Einheit am 17. Juni 1959 den weiten Raum des Lüdenscheider Marktplatzes. Foto Gerhard Hennig.

Volksaufstand im sowjetischen Machtbereich nach 1945.[1]
Als Josef Stalin, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, am 5. März 1953 starb, machte sich im sowjetischen Machtbereich und in der freien Welt die Hoffnung auf eine politische und ökonomische Kursänderung breit. Stalin hatte seit 1929 eine persönliche Diktatur über Partei und Staat der UdSSR ausgeübt und Millionen von Menschen seinen Zielen geopfert. Auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam erweiterte er die sowjetische Einflusssphäre in Europa und Asien. Mit Hilfe der Roten Armee erzwang er in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas die Herrschaft kommunistischer Kaderparteien. Nach seinem Tod wurde eine bereits vorbereitete weitere große Säuberungswelle nicht mehr ausgeführt. In der DDR aber sperrte sich die SED-Führung gegen jede Entspannung. Sie setzte ihren harten repressiven Kurs fort. Ohne Rücksicht auf die wirkliche Situation erhöhte sie die Arbeitsnormen, was einer Verringerung des Lohnniveaus gleichkam. Unter den Arbeitern in der DDR machten sich Unruhen in Form von kurzen Arbeitsniederlegungen und Protesten bemerkbar. Die ersten, die auf die Straße gingen, waren ausgerechnet die Bauarbeiter der Großbaustellen der Stalinallee, des Vorzeigeprojektes künftiger „sozialistischer Wohnkultur". (Abb. 2) Sie zogen am

Abb. 2) Stalindenkmal in der Stalinallee in Ostberlin. Das 4,80 m hohe Bronzestandbild zeigt den sowjetischen Partei- und Regierungschef in Feldherrenpose mit Uniform und Ordenszeichen. Im Zuge der Entstalinisierung wurde das Denkmal im Spätherbst 1961 abgerissen, das Standbild eingeschmolzen. Foto Hartmut Waldminghaus 16. Juni 1958.

Vormittag des 16. Juni in einem Demonstrationszug über den Alexanderplatz und die Straße Unter den Linden vor das Haus der Ministerien in der Leipziger Straße in Ostberlin, direkt an der Sektorengrenze. Mehr als 10.000 Menschen standen schließlich vor dem Gebäude und verlangten nach Verhandlungen mit der Regierung. An den folgenden Tagen, vom 17. bis 21. Juni, entwickelten sich in über 560 Orten der DDR Demonstrationen, Streiks, Belegschaftsproteste und Gewalttätigkeiten. Als am Mittag des 17. Juni in Berlin und anderen Städten sowjetische Panzer rollten und der Ausnahmezustand verhängt wurde, ging der offene Teil der Aufstandsbewegung schnell zu Ende. Die Unruhen in den Betrieben und zum Teil auch auf dem Lande dauerten in verschiedenen Formen jedoch stellenweise bis in den Monat Juli an. Die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen schlugen um in politische Forderungen nach freien Wahlen in ganz Deutschland, Rücktritt der Regierung und politischer Freiheit. Es gab etwa 50 Tote, 7.663 Personen wurden verhaftet, 1.526 Angeklagte verurteilt, 21 Todesurteile wurden vollstreckt. Auch wenn der Aufstand scheiterte, war er ein Fanal für die Freiheit und für die SED ein Schock, der bis zum Ende des „Arbeiter- und Bauern-Staates" nachwirkte. Noch am 31. August 1989 fragte der DDR-Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, seine Untergebenen: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?"
Die Lüdenscheider Nachrichten (LN) berichteten am 17. Juni 1953 und in den Tagen danach auf der Titelseite von den Vorgängen. Die die ganze Zeitungsbreite einnehmenden Schlagzeilen waren am 17. Juni: „Demonstrationen in Ost-Berlin – Erregte Bauarbeiter: ‚Wir sind keine Sklaven!' – SED-Politbüro widerruft Normenerhöhung", am 18. Juni: „Sowjets verhängen Ausnahmezustand – Ganz Ost-Berlin in hellem Aufruhr – Regelrechte Straßenschlachten zwischen Arbeitern und Volkspolizisten" und am 19. Juni: „Ostberlin gleicht einem Heerlager – Verstärkte Truppen riegeln Sektorengrenze ab – Aufstand jetzt auch in der Ostzone". – Im ersten Halbjahr musste Lüdenscheid weitere 322 so genannte Ostzonenflüchtlinge aufnehmen, dazu wurde bereits im März das Gebäude der Kerksighalle beschlagnahmt. Nach dem 17. Juni stieg die Zahl der Flüchtlinge drastisch an.

In Lüdenscheid waren die Menschen beunruhigt. Es ging aber alles seinen gewohnten Gang. Der Rat verabschiedete den Haushaltsplan, viel zu spät. Der Beauftragte des Bundeskanzlers für Sicherheitsfragen, Theodor Blank[2], sprach in der Schützenhalle, was ein heftiges Pro und Contra auslöste. Reaktionen auf die Vorgänge in Ostberlin und „der Zone"[3] sind nicht bekannt. Demonstrationen blieben aus. Vielleicht mit einer Ausnahme: Die ostdeutschen Landsmannschaften übten gemeinsam mit dem SGV den Brauch der Sonnenwendfeier. Diese Sonnenwendfeier fand 1953 am Sonntagabend, 21. Juni, auf der Höh, unweit des Steinbruchs, statt. Die Feier war geprägt durch fackeltragende Jugendliche, Chorgesang und Feuersprüche. Die Feuerrede hielt LN-Redakteur

Abb. 3) August Schlingmann (17. 10. 1901, † 12. 11. 1993), Volksschule, Lehre als Schlosser, Tätigkeit in der Industrie, Mitglied der SPD seit 1922, seit 1947 Parteisekretär, 1929 - 1933 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, 1952 - 1964 Mitglied des Rates der Stadt Lüdenscheid, 1953 - 1961 Oberbürgermeister, 1950 - 1966 MdL Nordrhein-Westfalen. Foto Carl Huth.*

Sepp Schelz.[4] Er unterstrich in seiner Rede „die unverbrüchliche Zusammengehörigkeit aller Menschen in Ost und West". Das entzündete Feuer sei mehr als ein bloßes Zeichen der Sonnenwende, sondern ein Symbol des Bekenntnisses zur deutschen Heimat.

Das Feuer sollte in den nächsten Jahren – nicht mehr als Sonnenwendfeuer, sondern als Einheits- und Freiheitsfeuer – ein genuiner Bestandteil des Tages der deutschen Einheit in Lüdenscheid werden.
Der 17. Juni wurde durch Bundesgesetz vom 4. August 1953 als „Tag der deutschen Einheit" zum nationalen Feiertag erklärt. Bereits sieben Wochen nach den Ereignissen und einen Monat vor der Bundestagswahl war das Gesetz ausgefertigt. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Feiertagsgesetzgebung Ländersache, so dass dies das einzige Bundesgesetz blieb, das einen Feiertag regelte. Der Aufstand in der Sowjetischen Besatzungszone am 17. Juni und dessen brutale Niederschlagung schürte die Angst vor dem Kommunismus und war für viele Bundesbürger ein zusätzliches starkes Argument für die Westbindung der Bundesrepublik. Bei der Wahl am 6. September gewann die CDU 45,2 %, die SPD 28,8 % der Stimmen. Die vom ehemaligen CDU-Bundesinnenminister Gustav Heinemann gegründete Gesamtdeutsche Volkspartei mit

1 Der Autor war als Jugendgruppenleiter im CVJM und als ehrenamtlicher Geschäftsführer, zeitweise auch als Vorsitzender, des Stadtjugendringes Lüdenscheid in der zweiten Hälfte der 1950er und der ersten Hälfte der 1960er Jahre an Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen zum 17. Juni in Lüdenscheid beteiligt. Neben Recherchen im Stadt- und Zeitungsarchiv beruht dieser Beitrag auf persönlichen Erinnerungen. – Ich danke dem Stadtarchiv Lüdenscheid, Frau Saskia Bruns, für hilfreiche Unterstützung.
2 Theodor Blank (* 19. 9. 1905, † 14. 5. 1972), Politiker (CDU) und Gewerkschafter,1949 - 72 MdB, als Leiter der Dienststelle, später des Amtes Blank, Beauftragter des Bundeskanzlers für Fragen der alliierten Besatzungstruppen und für Sicherheitsfragen; 1955/56 Verteidigungsminister, 1957 - 65 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.
3 Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) entstand am 7. 10. 1949 als Ergebnis der Umwandlung der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). In Westdeutschland wurde das neue Staatsgebilde weder für deutsch oder demokratisch noch für eine Republik gehalten. Der allgemeine Sprachgebrauch lautete deshalb weiterhin „Sowjetische Besatzungszone" oder kurz „Zone". 1969/70 ging die Bundesrepublik Deutschland von der Nichtanerkennung der DDR zu deren Anerkennung als Staat im Rahmen der nach ihrer Auffassung weiterbestehenden deutschen Nation über.
4 Redakteur Sepp Schelz, Jahrgang 1917, wurde bei der Kommunalwahl am 9. 11. 1952 für den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) in den Rat der Stadt Lüdenscheid gewählt, später war er Chefredakteur des Ev. Pressedienstes und Lehrbeauftragter für Publizistik an der Kirchlichen Hochschule Berlin.

Erhard Eppler, Johannes Rau und Helene Wessel scheiterte mit 1,2 % kläglich.[5] Der Kampf gegen die Wiederbewaffnung und gegen die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland blieb erfolglos.

Tag der deutschen Einheit 1954

Der Tag der Einheit 1954 lag in der Zeit unmittelbar vor der Landtagswahl Nordrhein-Westfalen am 27. Juni. Am 9. Juni war Bundeskanzler Konrad Adenauer in Lüdenscheid und sprach in der überfüllten Schützenhalle. Bei der Landtagswahl erzielte die CDU 41,3 % der Stimmen, die SPD 34,5 %. Vom 16. Juni bis 4. Juli 1954 wurde die Endrunde der Fußballweltmeisterschaft ausgetragen. Am 17. Juni spielte die deutsche Mannschaft gegen die türkische und gewann 4 : 1. Im Finale am 4. Juli – das ist bekannt – gewann Deutschland zum ersten Mal eine Fußballweltmeisterschaft, für die Nachkriegszeit ein herausragendes, bewusstseinsbildendes und prägendes Ereignis.
Der 17. Juni 1954, ein Donnerstag, war in Nordrhein-Westfalen und in anderen Bundesländern kein zusätzlicher Feiertag, da der kirchliche Feiertag Fronleichnam auf den 17. Juni fiel. Das Bewusstsein für den staatlichen Feiertag konnte sich deshalb erst allmählich entwickeln. Dennoch kamen zur Kundgebung um 20 Uhr auf dem Marktplatz „einige

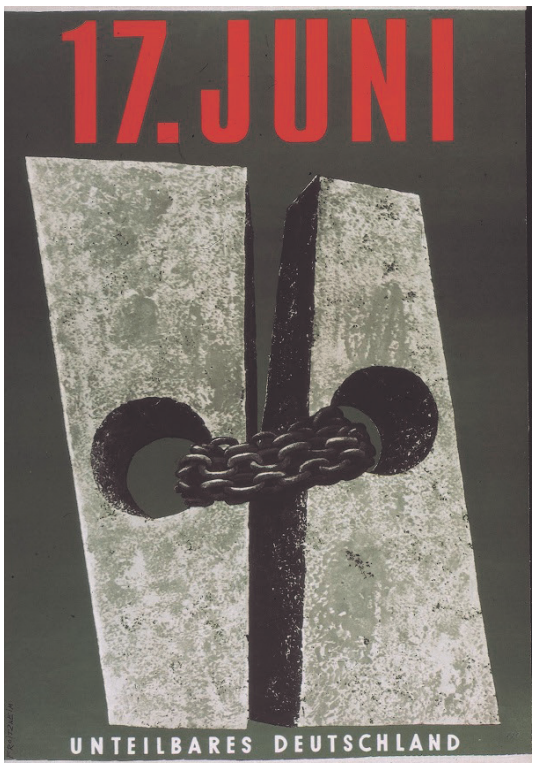


Abb. 4) Plakat des Kuratoriums Unteilbares Deutschland zum Tag der deutschen Einheit, ca. 1954 - 1966; Bundesarchiv Plak 005-045-002.

Tausend Menschen“. Vor allem die Kriegsteilnehmer- und Kriegsopferverbände, der Heimkehrerverband und die ostdeutschen Organisationen nahmen geschlossen teil. Zu Beginn spielte das Jäger- und Schützenkorps unter Leitung von Obermusikmeister a. D. Alfons Teuber einen Chor aus „Lohengrin“. Der Lüdenscheider Männergesangverein von 1855 unter Leitung von Kreischormeister Walter Lange sang „Deutschland, dir mein Vaterland“. Der Rütli-Schwur aus Schillers „Wilhelm Tell“ durfte nicht fehlen. Der Sprecher wandelte Schillers Text „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr“ leicht ab und deklamierte dem Tag der Einheit entsprechend: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern“. Oberbürgermeister August Schlingmann, SPD, (Abb. 3.) brachte in seiner Ansprache zum Ausdruck, dass von allen uns drückenden Nöten die Spaltung Deutschlands die größte sei. Eine noch so gut organisierte Propaganda und die Riesenaufmärsche der FDJ könnten nicht hinwegtäuschen über die grenzenlose wirtschaftliche, soziale und seelische Not, in der die Menschen im östlichen Teil unseres Vaterlandes zu leben gezwungen seien. Wohl der überzeugendste Beweis für diese Not sei die gewaltige Demonstration deutscher Arbeiter in der gesamten Ostzone am 17. Juni 1953 gewesen. Schlingmann führte dann wörtlich aus: „Wir alle, diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs, fordern eine wahre Demokratie in Freiheit und Frieden und ein vereinigtes Europa. Der Wille zur Einheit ist stärker als alle brutale Gewalt.“ Zum Abschluss der eindrucksvollen Kundgebung sang man – wie dann in all den Jahren, in denen Kundgebungen stattfanden – gemeinsam die Nationalhymne, die dritte Strophe des Liedes der Deutschen: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“. [6]

Einheits- und Freiheitsfeuer

Nachdem sich die Menge auf dem Marktplatz verlaufen hatte, zündeten die Jugendlichen an der Bismarcksäule auf dem Breitenloh ein Feuer an. Verantwortlich war in Fortführung der bisherigen Sonnenwendfeiern die Deutsche Jugend des Ostens (DJO), aber die anderen Jugendverbände beteiligten sich. Die Verantwortung ging dann ab 1955 an den Stadtjugendring, die Arbeitsgemeinschaft der Lüdenscheider Jugendverbände, über. Solche Mahnfeuer brannten an diesem Abend auf vielen Höhen im gesamten westdeutschen Raum. Der Platz an der Bismarcksäule war dafür besonders geeignet. Die Säule erinnerte zum einen an den Reichsgründer und Reichseiner sowie Lüdenscheider Ehrenbürger Otto von Bismarck, war für den Tag der Einheit also ein angemessener Ort. Zum anderen war die markante Höhe auf dem Breitenloh weithin sichtbar. Das Feuer konnte von der Hohen Steinert bis hin zum Vogelberg gesehen werden. Der Holzstoß wurde nicht „auf der Bismarcksäule“ angezündet, wie die Zeitung schrieb. Die oberste Säulenplattform war zwar ausdrücklich zum Abbrennen von Feuern vorgesehen. Der innere Aufgang war aber schon lange aus Sicherheitsgründen gesperrt. Die Formulierung der LN „auf der Bismarcksäule“ entsprach dem Lüdenscheider Sprachgebrauch, wo man ja auch „auf die Fabrik“ oder „aufs Büro“ ging.[7]
1955 wurde das Einheits-, Freiheits- oder Mahnfeuer – die Bezeichnungen waren nicht einheitlich – wieder an der Höh angezündet, 1956 am Wehberg oberhalb des katholischen Friedhofs. Die Orte wechselten, aber Ablauf und Anliegen blieben. Die Jugendverbände nahmen zunächst mit ihren Fahnen und Wimpeln, viele auch in Kluft – die Jugendarbeit war noch stark bündisch geprägt – an der Kundgebung auf dem Marktplatz teil, marschierten anschließend mit brennenden

Abb. 5) Fritz Schürmann (27. 1. 1900, † 8. 12. 1979), Friedhofsverwalter, im NS-Staat Mitglied der Bekennenden Kirche, 1938 - 1948 Presbyter der Evangelischen Kirchengemeinde Lüdenscheid, seit 1956 Vorsitzender des kirchlichen Blaukreuzvereins. Schürmann gehörte 1945/46 zu den Gründern der Lüdenscheider CDU, 1946 - 1948 und 1953 - 1961 Mitglied des Rates der Stadt Lüdenscheid, 1954 - 1961 Bürgermeister. Foto Carl Huth 1960.*

Pechfackeln schweigend durch die Stadt an den Ort, wo das Feuer entzündet wurde. Dort fand sich in der Regel auch eine Schar Erwachsener als Teilnehmer ein. Neben gemeinsamen Liedern – z. B. „Flamme empor. Lasset die Funken nun sprühen und lasst die Herzen erglühen“ oder „Freiheit, die ich meine, die mein Herz erfüllt“ – Feuersprüchen – z. B. „Nichts kann uns rauben Liebe und Glauben zu unserm Land“ – gab es eine Ansprache durch eine Lüdenscheider Persönlichkeit wie etwa Jugendpfarrer Paul Deitenbeck oder Oberbürgermeister August Schlingmann. Das waren nicht Wiederholungen der offiziellen Ansprachen auf dem Marktplatz, sondern sehr persönliche, von eigener Erfahrung und Überzeugung getragene Reden. Den Männern, die den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg und die Not der unmittelbaren Nachkriegszeit erlebt hatten, war es wichtig, jungen Menschen den Wert von Freiheit und Demokratie nahe zu bringen. Dass unser Verfassungs- und Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland die aktive Bejahung seiner Bürger verdient, das konnte eine junge Lüdenscheider Generation nicht zuletzt an den Feuern zum Tag der Einheit lernen. Die Feiern am Feuer klangen mit der Nationalhymne aus, einige Male begleitet vom CVJM-Posaunenchor. Nach dem Feuer am Wehberg waren die Fackeln noch nicht abgebrannt. Die Jugendgruppen machten sich kurz entschlossen noch einmal zu einem Schweigemarsch zurück zum Marktplatz auf. Hier fand mit einem gemeinsam gesungenen Lied zu später Abendstunde der Tag der Einheit 1956 endgültig seinen Abschluss.

5 Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP), ging 1953 aus der Notgemeinschaft für den Frieden Europas hervor, strebte die Wiedervereinigung Deutschlands durch Neutralisierung an, lehnte die Wiederbewaffnung und die westorientierte Außenpolitik der Regierung Adenauer ab. 1957 löste sich die GVP auf. Zahlreiche Mitglieder traten der SPD bei.

6 LN vom 18. 6. 1954, Artikel „Das ganze Deutschland soll es sein!“

7 Die 18 m hohe, aus Grauwacke aus dem Höher Steinbruch errichtete Bismarcksäule wurde im Jahr 1902 feierlich eingeweiht. Am 25. 1. 1965 entschied der Rat mit Mehrheit gegen den Protest vieler Bürger, die Säule abzubrechen. Die Sanierungskosten waren durch starke Witterungseinflüsse zu hoch geworden. Schon zwei Tage später begann der Abbruch. Die Säule hatte bereits durch den Bau der 1957 eröffneten Albert-Schweitzer-Schule verloren. Sie stand zwar noch an derselben Stelle, aber nicht mehr auf einer freien Bergkuppe, sondern auf einem Schulhof.

Stadtjugendring Lüdenscheid

Sowohl die Feiern und Kundgebungen zum 17. Juni als auch weitere Aktivitäten und Begegnungen führten die Jugendgruppenleiter und -mitarbeiter der verschiedenen Jugendverbände zusammen. Lüdenscheid zeichnete sich durch eine lebendige, werteorientierte Jugendarbeit freier Träger aus. Im Stadtjugendring arbeiteten Frauen und Männer zusammen, die sich in ihren Jugendgruppen und Arbeitsgemeinschaften engagierten und die in den folgenden Jahrzehnten das kulturelle, politische und soziale Leben in der Stadt mit prägten. Aus der Erinnerung und ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind zu nennen: Klaus Bähr, Herbert Dawin, Jochen Faßbender, Adolf Geck, Heinz Gies, Karlheinz Hagedorn, Robert Heitkamp, Hans Hesmert, Herbert vom Hofe, Agnes Hostert, Bruno Jäger, Armin und Sigrid Keilig, Robert Kötter, Heinz Krämer, Herbert Krause, Ursula Lukas, Friedel Mägdefrau, Elsbeth Naber, Karlheinz vom Schemm, Hans Schlanzke, Ulli Schnorr, Fitti Schürmann, Wolfgang Schumacher, Wolfgang Schwitzer, Gerhard Skups, Kurt Soßdorf, Jörg Stiens, Magdalene Tump, Annemargret und Fritz Ulrich, Wolfgang Viebrantz, Horst Walk.

Es war nicht die heile Welt, es gab nicht nur Einvernehmen, sondern auch Auseinandersetzungen, zum Teil heftige, wie etwa bei der Kampagne „Kampf dem Atomtod!“[8] Aber die Erfahrungen der Nachkriegsgeneration verbanden über Streitfragen hinweg. Am 9. April 1959 veranstaltete der Jugendring im Haus der Jugend unter dem Thema „Jugend in Ost und West“ ein Jugendforum. Der große Saal war überfüllt. Seit 1958 führte der Jugendring regelmäßig mit großer Beteiligung Studienfahrten für Jugendgruppenleiter nach Berlin durch. Die Vier-Sektoren-Stadt bot ausreichend Anschauungsmaterial sowohl für die rote wie für die braune Diktatur.
Im Winterhalbjahr 1960/61 führte der Jugendring gemeinsam mit dem Jugendamt einen Gruppenwettbewerb „Hitler und sein Erbe“ durch. Über einen Zeitraum von vier Monaten beteiligten sich 14 Gruppen mit 130 Jugendlichen. In der Ausstellungswoche im April 1961 mit vielen Veranstaltungen zum Thema wurden die Preisträger ausgezeichnet. 1. Preis ging an den CVJM, sein Thema: „Wie es zum Zweiten Weltkrieg kam“; 2. Preis: Ring jugendlicher Briefmarkenfreunde, Thema: „Glanz und Niedergang des Dritten Reiches – philatelistisch betrachtet“; 3. Preis: Christliche Pfadfinderschaft (CP), Thema: „Das Dritte Reich – Fassade und Wirklichkeit“. Es war nicht so, dass man sich erst nach 1968 mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt hätte.

Tage der Einheit 1955 und 1956

1955 luden Oberbürgermeister August Schlingmann und Oberstadtdirektor Hans Born zur Kundgebung auf dem Marktplatz ein. Alle berufsständischen Organisationen, Parteien, Jugend-, Turn- und Sportvereine, alle Landsmannschaften und Verbände der vertriebenen Deutschen waren aufgefordert, teilzunehmen. In dem Aufruf heißt es u. a.: „Die erste Kundgebung zum Tag der Einheit nach Wiedererlangung der Souveränität muss ein Bekenntnis der gesamten Bevölkerung Lüdenscheids werden.“ Die Bundesrepublik Deutschland war im Mai 1955 Mitglied der Westeuropäischen Union und des Nordatlantikpaktes (NATO) geworden und erhielt ihre Unabhängigkeit. Die Wiedererlangung der Souveränität war das noch nicht. Sowohl die Westmächte wie auch die UdSSR hielten an ihrer Verantwortung für Berlin und Deutschland als Ganzes fest. Die Viermächtevereinbarung wurde erst im Zuge der Wiedervereinigung hinfällig.
Die Kundgebung begann um 19 Uhr. „Tausende Bürger unserer Stadt nahmen an der großen Kundgebung auf dem Markt teil.“ Die musikalischen Darbietungen wurden vom Meisterchor Euphonia unter Leitung von Walter Lange und dem Jäger- und Schützenmusikkorps Lüdenscheid unter Leitung von Erich Pett ausgeführt. Im Mittelpunkt stand die Ansprache des Bürgermeisters Fritz Schürmann, CDU. (Abb. 5) Er wies auf die Verbundenheit aller Deutschen im noch geteilten Vaterland und die Notwendigkeit einer baldigen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit hin. Zur Niederschlagung des Volksaufstandes 1953 sagte

Abb. 6) Friedrich Jäger (22. 12. 1904, † 20. 7. 1983), vereidigter Buchprüfer, Wirtschaftstreuhänder, FDP, 1948 - 1956 Ratsherr in Lüdenscheid, 1952 - 1954 Bürgermeister, 1965 - 1981 Vorsitzender des Lüdenscheider Geschichtsvereins. Foto Carl Huth 1955.*

er: „Es hat in der Weltgeschichte viele solcher Siege gegeben, die den Zeitgenossen als Niederlage erschienen, die aber der Nachwelt zum Fanal und zum Symbol wurden, dass der Widerstand des tapferen Herzens niemals umsonst ist in dieser Welt.“ Die Lüdenscheider Jugendverbände, die mit ihren Wimpeln und Fahnen an der Kundgebung teilnahmen, marschierten anschließend zum Höher Steinbruch, wo sie gemeinsam das Freiheitsfeuer abbrannten. Mit der Jugend hatten sich an diesem schönen Sommerabend viele Lüdenscheider eingefunden, um der eindrucksvollen Feier am Feuer beizuwohnen.[9]

1956 sprach wieder Oberbürgermeister Schlingmann. Das Wetter war regnerisch an diesem Sonntagabend. Nur etwa 500 Menschen versammelten sich zur Kundgebung auf dem Marktplatz, was LN-Lokalchef Paul Conze zu dem Kommentar veranlasste: „Wenn man die Teilnahme an der Kundgebung als Maßstab nehmen wollte, könnte man auf den Gedanken kommen, dass der größte Teil der Bürger unserer Stadt die 18 Millionen Deutsche in der Sowjetzone bereits abgeschrieben hat.“ Der Oberbürgermeister rief den Menschen zu: „Unsere Kundgebung soll ein flammender Protest sein gegen die Vergewaltigung der Menschenrechte, ein Protest gegen die geistige und politische Uniformierung. Die Volkserhebung in der Sowjetzone vor drei Jahren war ein Fanal. In dieser Stunde bekennen wir uns mit unseren Brüdern in der Zone zur demokratischen und sozialen Ordnung und bekunden damit den Willen zur Wiedervereinigung auf dem Wege freier Wahlen.“[10]
Zum Tag der Einheit wurde regelmäßig zum Flaggenschmuck an den Häusern aufgerufen, mit mäßigem Erfolg. Die meisten hatten nach 1945 keine Fahnen mehr und wollten auch keine haben. Mehr Erfolg hatte die Aktion, an den Weihnachtsabenden Kerzen ins Fenster zu stellen. Die nach außen sichtbaren brennenden Kerzen machten auf stille Weise den Wunsch vieler Lüdenscheider nach Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit deutlich.

Kuratorium Unteilbares Deutschland

Rechtzeitig vor dem ersten Jahrestag des Volksaufstandes konstituierte sich am 14. Juni 1954 in Bad Neuenahr das Kuratorium Unteilbares Deutschland, eine überparteiliche Vereinigung zur Förderung der Wiedervereinigung. Der Namensvorschlag „Unteilbares Deutschland“ kam von Bundespräsident Theodor Heuss. Die Gründung des Kuratoriums war auch ein Reflex auf die Enttäuschung, welche das Scheitern der Berliner Konferenz der Außenminister der vier Siegermächte in Bezug auf die deutsche Frage im Januar/Februar 1954 ausgelöst hatte. Das Kuratorium verpflichtete sich der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik: „Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ Erster Präsident des Bundeskuratoriums wurde von 1954 bis 1967 der Sozialdemokrat Paul Löbe, in der Weimarer Republik langjähriger Reichstagspräsident.[11]
Zwei Jahre später bildete sich in Lüdenscheid ein Ortskuratorium Unteilbares Deutschland. Im Sommer 1955 wurde Oberregierungsrat a. D. Ernst Karsch (* 7. 8. 1892, † 10. 8. 1968) in Lüdenscheid ansässig. In den Jahren zuvor war er in der SBZ wiederholt in russisch-kommunistischen Haftanstalten gefangen gehalten worden. Er arbeitete jetzt als Steuerberater. Auf Anregung von Paul Löbe, mit dem er in Briefwechsel stand, trat er 1956 an Oberbürgermeister Schlingmann heran und rief mit ihm das Ortskuratorium ins Leben.[12] Vorsitzender wurde Friedrich Jäger, FDP, ehemaliger Bürgermeister unserer Stadt. (Abb. 6) Ernst Karsch wurde stellvertretender Vorsitzender und übernahm die Kassenführung. Das Ortskuratorium konnte etwa 100 Mitglieder gewinnen. Zu den

8 Die Kampagne wurde von einem Bündnis von SPD und Gewerkschaften getragen, die eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen befürchteten und sich für eine atomwaffenfreie Zone in Europa einsetzten. Die Protestbewegung erhielt die Unterstützung von führenden deutschen Atomwissenschaftlern, die im „Göttinger Manifest“ vom 12. 4. 1957 für einen deutschen Verzicht auf Atomwaffen eintraten. Als sich die SPD im Sommer 1958 zurückzog, gingen aus der Kampagne die jährlichen Ostermärsche hervor.
9 LN 18. 6. 1955, Artikel „Sieg der Seele über die Macht“.
10 LN 18. 6. 1956, Artikel „Ein Bekenntnis zum einigen Deutschland“.
11 Paul Löbe (* 14. 12. 1875, † 3. 8. 1967), SPD, 1920 - 24 und 1925 - 32 Reichstagspräsident, 1949 - 53 MdB und Alterspräsident.
12 Stadtarchiv B 137 691.

Zusammenkünften kamen allerdings kaum mehr als 20. Zur Kundgebung 1957 lud erstmals das Ortskuratorium ein. Bei besserem Wetter als im Vorjahr versammelten sich am Montagabend wieder deutlich mehr Menschen auf dem Marktplatz. „Machtvoll klangen die Weisen des Lüdenscheider Blasorchesters über den weiten Platz. Immer mehr Menschen sammelten sich. Dann sang der ostdeutsche Heimatchor zusammen mit dem MGV Harmonie unter Leitung des Glatzer Musikdirektors Paul Preiß Lieder von der Heimat, von Treue und vom Glauben.“ Die Ansprache hielt der Kuratoriumsvorsitzende Friedrich Jäger. Er erinnerte an die Pflicht jedes einzelnen, der Menschen jenseits der willkürlich gezogenen Grenzen zu gedenken und durch erneuerte Anstrengungen und hingebungsvolles Handeln dem gemeinsamen Ziel zuzustreben: der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Wörtlich führte er aus: „Was hier aber hoffen heißt, das ist die Tatsache, dass in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Chemnitz und anderen Orten Mitteldeutschlands einfache Menschen durch die Tat und ihren Tod bewiesen haben, dass Diktaturen verwundbar sind, und dass jene unwägbaren Kräfte des Lebens – Entschlossenheit, Mut, Hingabe, Opfersinn – ein schier unabänderlich erscheinendes Schicksal zu wandeln vermögen.“[13]

Tag der deutschen Einheit 1958

Den Aufruf zur Feierstunde 1958 unterzeichneten 17 Männer. (Abb. 7) Frauen waren nicht darunter. Nur bei Peterheinrich Kirchhoff ist der Vorname genannt. Trotzdem sind die übrigen Persönlichkeiten zu identifizieren. Für das Ortskuratorium unterschrieben die beiden Vorsitzenden Friedrich Jäger und Ernst Karsch, für Rat und Verwaltung der Stadt Oberbürgermeister August Schlingmann und Oberstadtdirektor Hans Born. Born (* 2. 4. 1899, † 26. 11. 1970) war am 22. März 1946 zum Oberstadtdirektor der Stadt Lüdenscheid gewählt worden. Nach dem völligen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch widmete er sich der Lösung der schweren Nachkriegsaufgaben. Unter seiner Verwaltungsführung entwickelte sich die Stadt zum wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt des märkischen Sauerlandes. Am 30. April 1964 trat er in den Ruhestand.

Vorsitzende der drei im Rat der Stadt Lüdenscheid vertretenen Parteien waren Dr. Oskar Hemmert, SPD, Peterheinrich Kirchhoff MdB, CDU, und Walter Mende, FDP.

Berufsschuldirektor Dr. Oskar Hemmert (* 5. 7. 1914, † 3. 11. 2013), SPD-Vorsitzender und seit 1961 Bürgermeister in Lüdenscheid, war eine schillernde Persönlichkeit. Nachdem er sich mit der SPD überworfen hatte, ließ er sich im Herbst 1963 von den Fraktionen der CDU und der FDP zum Oberstadtdirektor wählen. Da er die fachlichen Voraussetzungen für dieses Amt nicht erfüllte, bestätigte der Regierungspräsident in Arnsberg die Wahl nicht. Später tauchte Hemmert bei der Unabhängigen Wählergemeinschaft, UWG, auf, deren Kreisvorsitzender er von 1978 bis 1993 war.

Der Werdohler Fabrikant Peterheinrich Kirchhoff (* 6. 6. 1886, † 16. 6. 1973) war von 1953 bis 1961 als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Altena-Lüdenscheid Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1953 bis 1963 Vorsitzender der CDU-Kreisvereinigung Lüdenscheid, ab 1959 CDU-Kreisverband Altena-Lüdenscheid. Die CDU-Ortsunion Lüdenscheid entstand erst 1959.

Der Finanzbeamte Walter Mende (* 12. 1. 1911, † 12. 9. 1992) wurde Anfang 1956 Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Lüdenscheid. Mitglied des Rates, wo er als „Strippenzieher“ galt, war er von 1956 bis 1961 und von 1964 bis 1969.

Generalleutnant a. D. Hans von Basse (* 23. 4. 1887, † 10. 10. 1979), Generalstabsoffizier im Ersten Weltkrieg, Kommandeur des Infanterieregiments 60, übernahm am 20. Oktober 1937 den Befehl über die in Lüdenscheid vereinten Bataillone seines Regiments, Standortältester von Lüdenscheid, nach Rückkehr aus Kriegsgefangenschaft 1947 gründete er ein Jahr später die Ortsgruppe Lüdenscheid und den Kreisverband Deutscher Soldaten Lüdenscheid-Altena, deren Vorsitzender er bis 1964 blieb. Er war Initiator einer regen Fürsorgetätigkeit für alte Soldaten, Kriegerwitwen und -waisen, Anfang 1965 verzog er nach Bad Salzuflen, wo er begraben ist.

Getreidekaufmann Otto Lechelt (* 8. 6. 1908, † 28. 4. 1970), Großhändler für Landesprodukte und Brennstoffe, Vorsitzender der Lüdenscheider Vertriebenenverbände (Vereinigte Landsmannschaften). Lechelt stammte aus der preußischen Provinz Posen, die bis auf Restgebiete als Folge des Versailler Vertrages an Polen fiel. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg kam er nach Lüdenscheid. Seine nationalistischen Töne überlagerten die berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen. Er schloss sich verschiedenen rechtsgerichteten Gruppierungen an und war zuletzt Mitglied der NPD.

Superintendent Walter Köllner und Dechant Franz Liebler unterzeichneten für die beiden großen Kirchen. Köllner (* 15. 10. 1899, † 7. 5. 1981), seit Juli 1937 Pfarrer der Evangelischen Kirchengemeinde Lüdenscheid, von 1948 bis 1964 Superintendent des Kirchenkreises Lüdenscheid, im Ruhestand verzog er nach Bielefeld. Liebler (* 31. 8. 1902, † 14. 9. 1967), zwischen 1952 und 1963 Pfarrer von St. Joseph und Medardus Lüdenscheid, wurde 1954 zum ersten Dechanten des neu gegründeten Dekanats Lüdenscheid ernannt. Er starb in Finnentrop.

Gewerkschaftssekretär Günter Bruschwitz (* 11. 10. 1920, † 16. 7. 1978), SPD, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in Weimar von der Geheimpolizei der Sowjetunion (GPU) wegen angeblicher illegaler Gruppenbildung zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Nach fast neunjähriger Haft amnestiert und aus dem Zuchthaus Bautzen entlassen, kam er 1957 über Berlin und Hanau nach Lüdenscheid. Von 1961 bis 1970 gehörte er dem Rat der Stadt Lüdenscheid an.

Fabrikant Wilhelm Brauckmann (* 4. 8. 1910, † 18. 9. 1993), Firma Brauckmann & Pröbsting, war 1955 an die Spitze des Arbeitgeberverbandes der Eisen- und Metallindustrie von Lüdenscheid und Umgebung getreten. Er führte dieses Amt bis 1964. Von 1950 bis 1971 nahm er die Aufgabe als Oberst der Lüdenscheider Schützengesellschaft wahr.

Heinrich Jäger sen. (* 21. 9. 1907, † 7. 10. 1972), Geschäftsteilhaber des Fachgeschäfts für Herren- und Knabenbekleidung Strodel & Jäger, Vorsitzender der Kreisvereinigung Lüdenscheid im Einzelhandelsverband Südwestfalen e. V.

Augenarzt Dr. Gustav Krause (* 29. 9. 1900, † April 1982), zusätzlich zu seiner Arztpraxis übernahm er 1930 die Augenabteilung im Städtischen Krankenhaus und danach 1948 die Chefarztstelle in der Augenabteilung des Kreiskrankenhauses

Tag der deutschen Einheit

Zur 5. Wiederkehr des 17. Juni bekräftigen alle freien Deutschen wiederum die **Unteilbarkeit** *des deutschen Volkes und Staates und ihre* **tiefe Verbundenheit** *mit unseren Brüdern und Schwestern jenseits der Zonengrenze.*

Im Zeichen dieser Verbundenheit wollen wir uns alle

am Dienstag, dem 17. Juni, um 11 Uhr

auf dem Marktplatz zu einer **Feierstunde** *vereinen, zu der die Unterzeichneten hiermit aufrufen.*

Ortskuratorium Unteilbares Deutschland
Jaeger Karsch

Rat und Verwaltung der Stadt Lüdenscheid
Schlingmann Born

SPD Dr. Hemmert
CDU Peterheinrich Kirchhoff
FDP Mende

Arbeitsgemeinschaft der Kriegsopfer- und Kriegsteilnehmer-Verbände
von Basse

Bund der vertriebenen Deutschen (Vereinigte Landsmannschaften)
Lechelt

Für die evangelische Kirche
Köllner
Superintendent

Für die katholische Kirche
Liebler
Dechant

Deutscher Gewerkschaftsbund Bruschwitz
Arbeitgeberverband Brauckmann
Einzelhandelsverband Jaeger

Stadtverband für Leibesübungen
Dr. Krause

Stadtverb. Lüdensch. Männer-Gesangvereine
Schumacher

Jugendring der Stadt Lüdenscheid
Kötter

Abb. 7) Lüdenscheider Aufruf zum Tag der deutschen Einheit, 17. Juni 1958. LN 16. Juni 1958.

13 LN 18. 6. 1957, Artikel „Mut und Opfersinn wandeln das Schicksal“.

Abb. 8) Dr. phil. Wilhelm Ehmer (1. 8. 1896, † 16. 6. 1976), Schriftsteller: „Um den Gipfel der Welt", 1936; „So werden wir gelebt", 1963; Journalist, seit 1926 Chefredakteur des Lüdenscheider General-Anzeigers, ab 1936 auch Verleger; ab 1949 Verleger der Lüdenscheider Nachrichten (LN). 1958 - 1965 Vorsitzender des Lüdenscheider Ortskuratoriums Unteilbares Deutschland.*

Hellersen. Von 1931 bis 1945 war er Vorsitzender der Sportfreunde 08. 13 Jahre wirkte er als Vorsitzender des Stadtverbandes für Leibesübungen. Dr. Krause initiierte die Willy-Katz-Gedächtnisstaffel, eine jährliche Straßenstaffel über das Lüdenscheider Kopfsteinpflaster, und die großen Nattenbergfeste, verbunden mit den Stadtmeisterschaften in vielen sportlichen Disziplinen.

Konrektor Erich Schumacher (* 1. 5. 1899, † 8. 1. 1989) war von 1942 bis zu seinem Tod Vorsitzender des Stadtverbandes Lüdenscheider Männergesangvereine, heute Stadtverband Lüdenscheider Gesangvereine, von 1945 bis 1983 Vorsitzender des Sängerkreises Altena-Lüdenscheid und von 1959 bis 1974 Präsident des Sängerbundes Nordrhein-Westfalen.

Tiefbauarbeiter Robert Kötter (* 25. 12. 1904, † 14. 10. 1972), Leiter der Lüdenscheider Sozialistischen Jugend „Die Falken", 1958/59 Vorsitzender des Stadtjugendringes.

Erstmalig wurde die Kundgebung vom Abend auf den Vormittag verlegt. Die Zahl der Teilnehmer war mit weit über 1.000 bedeutend größer als in den vorhergehenden Jahren. Heiß brannte die Sonne an diesem Morgen, so dass sich die Menschen unter dem Schatten der großen Bäume auf dem Marktplatz sammelten. Hauptredner war Oberbürgermeister Schlingmann. Er nannte den 17. Juni einen Tag der Besinnung, der Erinnerung und des Protestes. Von allen Hypotheken, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen habe, sei die Spaltung Deutschlands die schwerste. Wörtlich führte das Stadtoberhaupt aus: „Mit der Austreibung von 10 Millionen deutscher Menschen begann nach 1945 eine neue Epoche der Machtpolitik und Unmenschlichkeit und damit für uns Deutsche eine tragische Entwicklung. In dem Gedenken an diese unvorstellbare Not von Millionen Heimatloser und an den heroischen Kampf Berlins um seine Zugehörigkeit zum Westen soll unvergessen bleiben die beispielhafte Leistung der USA über die Luftbrücke gegen die sowjetrussischen Anweisungen und Zielsetzungen. In Erinnerung an diese Freundschaft und Hilfe der USA wollen wir mit aller Klarheit zum Ausdruck bringen, dass das deutsche Volk nach seiner Geschichte, seinem Wesen und seiner Geisteshaltung ein europäisches Volk ist und zum Westen gehört und in alle Zukunft gehören wird."
Die Versammlung sandte Telegramme an die Botschaften der vier Siegermächte, der USA und Frankreichs in Bad Godesberg, der UdSSR in Rolandseck und Großbritanniens in Bonn: „Am heutigen Tage bekennt sich die Bevölkerung Lüdenscheids in einer Großkundgebung erneut zur deutschen Einheit und bittet Sie, durch Ihre Politik die Wiedervereinigung des deutschen Volkes zum Wohle aller Völker herbeizuführen. Im Namen der Lüdenscheider Bürgerschaft, Schlingmann, Oberbürgermeister."[14]

Aktivitäten des Ortskuratoriums

Von Sommer 1958 bis Anfang 1965 übernahm der Verlagschef der LN, Dr. Wilhelm Ehmer, den Vorsitz des Ortskuratoriums Unteilbares Deutschland. (Abb. 8) Ehmer hatte 1954 in Bad Neuenahr zu den etwa 130 Persönlichkeiten gehört, die das Bundeskuratorium gründeten. Ihm gelang es, die Arbeit in Lüdenscheid zu intensivieren und zu profilieren. Im August 1958 gehörten zum Leitungskreis des Lüdenscheider Ortskuratoriums: Oberbürgermeister August Schlingmann als Protektor, Verleger Dr. Wilhelm Ehmer als Vorsitzender, Oberregierungsrat a. D. Ernst Karsch als stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer, Rektor Karl Diemer, Stadtrat Willi Wenkel, Stadtamtmann Benno von Nordheim, Gewerkschaftssekretär Günter Bruschwitz und Redakteur Paul Conze.
Dr. Ehmer war eine gebildete, weltgewandte, aber auch eine bestimmende Persönlichkeit mit einem patriarchalischen Führungsstil. Er wollte die junge Generation dabei haben, zweifellos. Aber die wollte nicht nur Kulisse sein. Als in einem Gespräch mit ihm im Verlagshaus an der Schillerstraße die Vertreter des Jugendringes um mehr Mitsprache und Teilhabe baten, antwortete er, dass die Anliegen der Jugend bei ihm in besten Händen seien. Er wäre schon auf dem Hohen Meißner dabei gewesen. Damit konnten die Jugendgruppenleiter – erst ein oder zwei Jahrzehnte nach dem Treffen der Jugendbewegung auf dem Hohen Meißner im Oktober 1913 geboren – nicht dienen.
Am 11. November 1958 versammelten sich die Mitglieder des Ortskuratoriums im kleinen Saal des Gesellschaftshauses Concordia, um die zukünftigen Aktivitäten zu beraten. Zunächst berichtete Dr. Ehmer von dem Besuch, den er gemeinsam mit Oberregierungsrat a. D. Karsch in der Zentrale des Kuratoriums in Bonn gemacht hatte. In dem Gespräch mit dem Geschäftsführer Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz[15] sei es um neue Ansatzpunkte für die Weckung einer Volksbewegung für die Einheit unseres Vaterlandes gegangen. Studienrat Otto Klimmeck und Gewerkschaftssekretär Günter Bruschwitz berichteten über ihre Teilnahme an der Mitgliederversammlung des Gesamtkuratoriums in Berlin und Stadtrat Willi Wenkel schilderte die Situation der SBZ-Flüchtlinge in Lüdenscheid. Von den rund 56.500 Einwohnern Lüdenscheids waren über 13.000 Heimatvertriebene und unter diesen wieder 3.130 SBZ-Flüchtlinge. Etwa 700 von ihnen befanden sich noch in Notunterkünften. Aus der Zone seien vor allem Familien geflüchtet. Die handwerklich ausgebildeten Frauen und Männer kämen beruflich sofort unter. Schwieriger sei es bei den Büroberufen.

Das Kuratorium plante, in öffentlichen Veranstaltungen Dokumentarfilme aus der „Zone" zu zeigen, politische Aufklärungsarbeit in den Lüdenscheider Betrieben zu leisten, die Aktion für Westberliner Ferienkinder zu verstärken und den Versand von Geschenkpaketen – Lebensmittel und Bücher in getrennten Paketen – in die DDR zu fördern. Zu den Vorschlägen für eine größere Wirksamkeit gehörte vor allem der Wunsch, die junge Generation stärker einzubeziehen. Dazu wurde auf die vorbildliche Arbeit der Arbeitsgemeinschaft für Ost-West-Fragen an den beiden Oberschulen verwiesen. Vor Schülern und Lehrern aller Schulen sollten durch Mitglieder des Kuratoriums die Probleme der Wiedervereinigung aufgezeigt werden. Angesichts der ersten Studienfahrt nach Berlin, die der Stadtjugendring in diesen Tagen mit über 70 Teilnehmern durchführte, beschloss man,

Abb. 9) Plakat des Kuratoriums Unteilbares Deutschland zur Aktion „Macht das Tor auf!", ca. 1958 - 1961; Bundesarchiv Plak 005-045-005.

„die Werbetrommel vor allem unter der Jugend für Berlinreisen zu rühren". Diese Fahrten wurden vom Landesjugendplan besonders gefördert. Die Lüdenscheider Gruppe wohnte im November 1958 im Haus der schaffenden Jugend in Berlin-Spandau. Die Formalitäten an der Zonengrenze kosteten viel Zeit, so dass man verspätet in Berlin eintraf. Neben Stadtfahrten in Ost- und Westberlin, dem Durchschreiten des Brandenburger Tores und der persönlichen Erkundung des Ostsektors sowie Theaterbesuchen standen Besuche beim Bausenator und beim Senator für Jugend und Sport

14 LN 18. 6. 1958, Artikel „Das ganze Deutschland soll es sein!".
15 Dr. jur. Wilhelm Wolfgang Schütz (* 14. 10. 1911, † 15. 4. 2002), Publizist und Politiker, Mitgründer und Geschäftsführer, 1967 - 72 Geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland.

Abb. 10) Blick aus dem britischen Sektor Berlins von der Straße des 17. Juni auf das frei passierbare Brandenburger Tor im sowjetischen Sektor. Foto Hartmut Waldminghaus 16. Juni 1958.

in Westberlin auf dem Programm.[16]
Lüdenscheid unterstützte die Arbeit des Bundeskuratoriums mit namhaften Beträgen. So konnte allein im Jahr 1959 die stolze Summe von 8.190,-- DM nach Berlin überwiesen werden. Außerdem wurden zur Unterstützung Westberliner Ferienkinder 500,-- DM und zur Unterstützung notleidender Hinterbliebener vom 17. Juni 1953 1.200,-- DM zur Verfügung gestellt. Die Arbeit des Ortskuratoriums wurde durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert. Zuschüsse der Stadt oder anderer Stellen gab es nicht. Die Aufwendungen für Veranstaltungskosten, Bühnen, Lautsprecheranlagen, Plakate, Vervielfältigungen usw. blieben durch ehrenamtliches Engagement und Eigenleistungen Lüdenscheider Firmen und Handwerksbetriebe gering. Die Vorstandsmitglieder verzichteten auf die Erstattung von Fahrtkosten oder Tagegeldern. Die Sekretärin erhielt 30,-- DM im Jahr für Bürokosten und Kassenführung.[17]

Macht das Tor auf!

Am Samstag, 7. März 1959, startete in Lüdenscheid die Aktion „Macht das Tor auf!“ (Abb. 9) mit dem Verkauf von Anstecknadeln mit dem Symbol des Brandenburger Tors. Der Aufruf dieser Aktion ist insofern bemerkenswert, als ja das Tor noch offen war. Im Gegensatz zur innerdeutschen Zonengrenze war die Sektorengrenze zwischen Ost- und Westberlin aufgrund des Viermächtestatuts der Stadt frei passierbar. (Abb. 10) Dass dieser offene Weg den Flüchtlingsstrom aus der DDR nicht versiegen ließ, gab der SED-Führung den Anlass, zwei Jahre später zur Verhinderung der „Republikflucht“ quer durch Berlin eine Mauer zu errichten. Den Mauerbau konnte und wollte sich im März 1959 allerdings noch niemand vorstellen. In Lüdenscheid verkauften an diesem Tag etwa 50 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit vielen Helfern in allen Stadtteilen insgesamt 16.500 Abzeichen. (Abb. 11) Als Sammler setzten sich u. a. ein: die Vorsitzenden des Ortskuratoriums Dr. Wilhelm Ehmer und Ernst Karsch, Oberbürgermeiser August Schlingmann und Stadtdirektor Dr. Werner Brinkmann, die Ratsherren Kurt Brenner, Fritz vom Hofe, Heinrich Lübbert und Ernst Vedder, Stadtbaurat Joachim Fink, Stadtrat Willi Wenkel und Stadtkämmerer Wilhelm Nothjunge, der ehemalige Oberst der Schützengesellschaft Dr. Gerhard Schulte, der Vorsitzende des Bürgerschützenvereins Albert Kreiskorte, LN-Chefredakteur Karl A. F. Günther, Gewerkschaftssekretär Günter Bruschwitz, Naturschutzbeauftragter Wilhelm Lienenkämper, der Vorsitzende des Bachchores Erich Schrick, die Ärzte Dr. Lüko Willms und Dr. Wilhelm Höpker, die Rechtsanwälte Heinz Hallensleben und Dr. Heinz Schulte, die Berufsschuldirektoren Hermann Everts und Dr. Oskar Hemmert. Am Eingang zur Wilhelmstraße war zwischen dem Kaufhaus Krause und dem Schuhwarengeschäft Dickhagen ein Tor errichtet mit dem Transparent „Deutschland ist unteilbar“ und mit den Flaggen der Bundesrepublik Deutschland und Berlins versehen. Auf dem Marktplatz spielten am Nachmittag das Lüdenscheider Blasorchester und der Spielmannszug auf. Der Tag erbrachte insgesamt 10.105,-- DM, und zwar 3.945,-- DM durch die Straßensammlung und 6.160,-- DM durch die Sammlung in Betrieben, Schulen und Vereinen.[18]
Ein Jahr später, am 21. Mai 1960, sah es mit dem freiwilligen Engagement zum Verkauf des silbrigen Brandenburger-Tor-Abzeichens weniger erfreulich aus. Oberstadtdirektor Born sah sich gezwungen, von der Möglichkeit der Dienstleistungsanordnung Gebrauch zu machen. Weil ehrenamtliche Sammler fehlten, wurden acht junge Beamte der Stadtverwaltung dienstverpflichtet. Rechtlich war das in Ordnung. Dem Autor dieses Beitrages gefiel es trotzdem nicht, weil er zwar viel vom freiwilligen, ehrenamtlichen Engagement hielt, aber wenig vom Zwang. Als er sich entsprechend äußerte und hinzufügte, nur im anderen Teil Deutschlands würden Betriebsangehörige zu Aktionen und Demonstrationen zwangsweise abgestellt, wurde er vom Leiter des Hauptamtes, Otto Budde, vorgeladen. Das Gespräch war für beide Seiten nicht erfreulich. Die Dienstverpflichtung städtischer Beamter für Anliegen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland wiederholte sich nicht. Am Tag der Sammlung herrschte Dauerregen. Dennoch wurden 9.800 Anstecknadeln verkauft. Als im DRK-Heim an der Hochstraße die Ergebnisse der Sammelbüchsen zusammengezählt wurden, ergaben sich 2.554,80 DM.[19]
1961 wurde die Sammlung auf den Nachmittag vor der abendlichen Kundgebung verlegt. Diesmal verkauften Schülerinnen und Schüler der Lüdenscheider Schulen die Abzeichen. Das Kuratorium änderte den Zweck der Sammlung. Der Erlös wurde für die in Lüdenscheid aufzunehmenden Westberliner Ferienkinder verwandt. Schon in den Jahren 1953 bis 1959 hatte Lüdenscheid insgesamt 762 Berliner Ferienkinder aufgenommen und lag damit an der Spitze im Bundesgebiet. Um die menschlichen Kontakte zu pflegen, war die Unterbringung der Kinder in Lüdenscheider Familien angestrebt. Dieses Anliegen ließ sich im Lauf der Jahre immer weniger verwirklichen. 1959 waren von insgesamt 203 Berliner Ferienkindern nur noch 38 in Privatpflegestellen untergebracht, 165 dagegen in Heimen in Altastenberg und Schürfelde. Die Lüdenscheider Familien, die Berliner Kinder aufnahmen, verfügten in der Regel über ein durchschnittliches Einkommen, angesichts der großen Wohnungsnot in Lüdenscheid also wohl auch nur über ein durchschnittliches, das heißt unzureichendes Wohnraumangebot. Dankbar wurde vermerkt, dass ein Drittel dieser Familien in der Vergangenheit schon mehrfach ein Berliner Ferienkind aufgenommen hatte.[20] Auch in den Folgejahren wurden regelmäßig Berliner Ferienkinder und Berliner Alte – heute würde man wohl sagen: „Senioren“ – allsommerlich in drei- und vierwöchentlichen Erholungsfreizeiten von

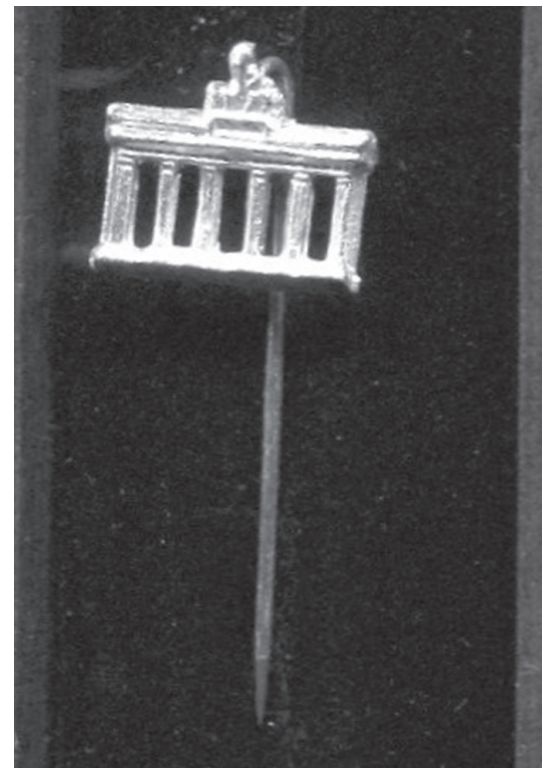


Abb. 11) Die Anstecknadel mit dem silbrigen Abzeichen des Brandenburger Tors, dem Wahrzeichen der deutschen Hauptstadt Berlin. Die Nadel wurde in Lüdenscheid mehr als 30.000-mal verkauft. Foto Hartmut Waldminghaus.

16 LN 13. 11. 1958, Artikel „Intensivierung der Arbeit für die Unteilbarkeit“.
17 Abrechnung durch Ernst Karsch vom 14. 1. 1960, Stadtarchiv B 137 691.
18 LN 9. 3. 1959, Artikel „Ein Treue-Bekenntnis zu Berlin“.
19 LN 23. 5. 1960, Artikel „Sie sammelten und spendeten – im Dauerregen“.
20 LN 3. 10. 1959, Artikel „762 Ferienkinder hat Lüdenscheid aufgenommen“.

Abb. 12) Brigitte Steinbeck, die Sprecherin des Neusprachlichen Mädchengymnasiums, vor den Plakaten des Unteilbaren Deutschland während der Kundgebung am 17. Juni 1959. Foto Gerhard Hennig.

der Stadt Lüdenscheid betreut, unterstützt vom Ortskuratorium.

1962 gab es für die Sammlung ein neues Abzeichen in Form eines Wappenschildes mit den Farben schwarz-rot-gold und der Aufschrift „17. Juni". Der Erlös war diesmal für den Hilfsfonds für bedürftige DDR-Flüchtlinge bestimmt. Schon anlässlich eines Besuchs Dr. Ehmers beim Regierenden Bürgermeister Willy Brandt in Berlin drei Jahre zuvor hatte dieser auf die wirtschaftliche Not der in Westberlin lebenden Teilnehmer der Erhebung vom 17. Juni 1953 hingewiesen. Sie hatten unter Verlust ihrer gesamten Habe flüchten müssen. Der Rückweg in den Ostsektor oder die DDR war ihnen versperrt. Auch hier leistete das Lüdenscheider Kuratorium tatkräftige Hilfe. Unter den Sammlern sah man wieder manchen Prominenten. Aber das Interesse an den Sammlungen ging zurück. Mit Schreiben vom 13. Februar 1967 an das Organisationsbüro in Berlin teilte das Lüdenscheider Ortskuratorium mit, dass von den 10.000 Abzeichen „Brandenburger Tor" à 30 Pfennig nur 200 Stück verkauft worden waren. Dafür wurden 60,-- DM nach Berlin überwiesen und 9.800 Abzeichen zurückgeschickt. Als Ursache für den Misserfolg führte man an, dass die Schulen infolge des Kurzschuljahres ihre Teilnahme an der Aktion abgesagt hatten.

Tage der Einheit 1959 und 1960

Der 17. Juni 1959 brachte ein umfangreiches Programm, das sich über den ganzen Tag erstreckte. Die Jugendverbände versammelten sich um 9:30 Uhr auf dem Schützenplatz. Etwa 600 junge Menschen zogen im Schweigemarsch mit dumpfem Trommelschlag zum Marktplatz. Die LN schrieben: „Das Besondere dieses 17. Juni in der Bergstadt war die starke Teilnahme der Jugend, die nicht nur diese Kundgebung wesentlich mitgestaltete, sondern die auch durch einen Zug mit Sturmfahnen und Wimpeln, mit Plakaten und Trommeln durch die Straßen der Stadt die Gleichgültigen und Trägen auf die besondere, alle Bürger angehende Bedeutung dieses Tages aufmerksam machte." Um 10:15 Uhr wurden zum Gedenken an die Opfer des 17. Juni am Lüdenscheider Ehrenmal Kränze niedergelegt. Der Sprecher der Vertriebenen, Otto Lechelt, erinnerte an die verlorene Heimat und hob die Bedeutung der Erhebung des 17. Juni hervor. Die Kundgebung auf dem Marktplatz begann um 11 Uhr mit dem Entzünden von Mahnfeuern, Gesangvorträgen und Sprecherchören, zu denen der Herscheider Maler und Mundartdichter Heinz Wever eigens für diesen Tag den Text geschrieben hatte:

„Lass uns, o Herr, untreu nicht werden der Heimat der Väter! –
Unerbittlichkeit trennt deutsche Brüder.
Fremde Gewalten knechten die Sinne…
Lass es genug sein der lastenden Prüfung!
Erlös' unser Volk!
Lass Gerechtigkeit läutern
und Einsicht die Herzen der Feinde,
dass leben dürfen wieder die Deutschen
vereint in der Heimat in Frieden und Freiheit!"

Den musikalischen Teil übernahm das Lüdenscheider Blasorchester unter Leitung von Musikmeister Joachim Kirmse. Hinter dem Rednerpult erinnerte ein Großfoto an die Geschehnisse im Juni 1953 in Berlin. Einige tausend Menschen waren gekommen. „Noch nie sah dieser Stadtmittelpunkt nach dem Kriege zu einer Veranstaltung so viele Menschen!" (Abb. 1) Neben dem Kuratoriumsvorsitzenden Dr. Ehmer sprachen für das Neusprachliche Mädchengymnasium Brigitte Steinbeck und für den Jugendring Friedel Mägdefrau von der Christlichen Pfadfinderschaft, beim Schweigemarsch einer der Trommelschläger. Später, von 1975 bis 1977, war er Mitglied des Rates unserer Stadt. Steinbeck schilderte die innere Not der Mütter in der „Zone" und mahnte, wach und aufgeschlossen zu bleiben für die menschlichen Konflikte jenseits des Eisernen Vorhangs. (Abb. 12) Mägdefrau sagte: „Wir Jungen bekennen uns zur Zusammengehörigkeit mit der Jugend der Zone. Wir fühlen uns mit ihr innerlich verbunden. Wir mühen uns, unsere Geduld nicht zum Verzicht werden zu lassen. Darum knüpfen wir das Band der brüderlichen Liebe über den Stacheldraht der Zonengrenze hinweg täglich neu." (Abb. 13) Dr. Ehmer forderte entsprechend dem Jahresmotto „Macht das Tor auf!" freies Reisen in Deutschland, freie Wahl des Wohnsitzes und des Arbeitsplatzes und freies Wort. Er zeichnete in scharfen Konturen noch einmal ein Bild von den Ereignissen in Berlin und in Mitteldeutschland, die Anlass für den jährlichen Tag der deutschen Einheit waren. Die letzte Ursache für die Zweiteilung Deutschlands und seiner Hauptstadt, für die Not der Heimatvertriebenen und der verlorenen Ostprovinzen sei die Machtpolitik Hitlers gewesen, „dass das deutsche Volk, obwohl selber weitgehend ein wehrloses Opfer jener Willkür, dennoch nach dem unerbittlichen Gesetz der Geschichte mitverantwortlich gemacht wurde und heute auch die Folgen tragen muss."[21] (Abb. 14) Nicht erkannt wurde, dass die Kriegsfolgen für Deutschland ihre Ursache nicht nur in der falschen Politik eines Einzelnen oder einer Regierung hatten, sondern im zutiefst verbrecherischen, rassistischen System des Nationalsozialismus, dem Millionen gefolgt waren, auch Wilhelm Ehmer in seiner Zeit als Chefredakteur des „Lüdenscheider General-Anzeiger" von 1933

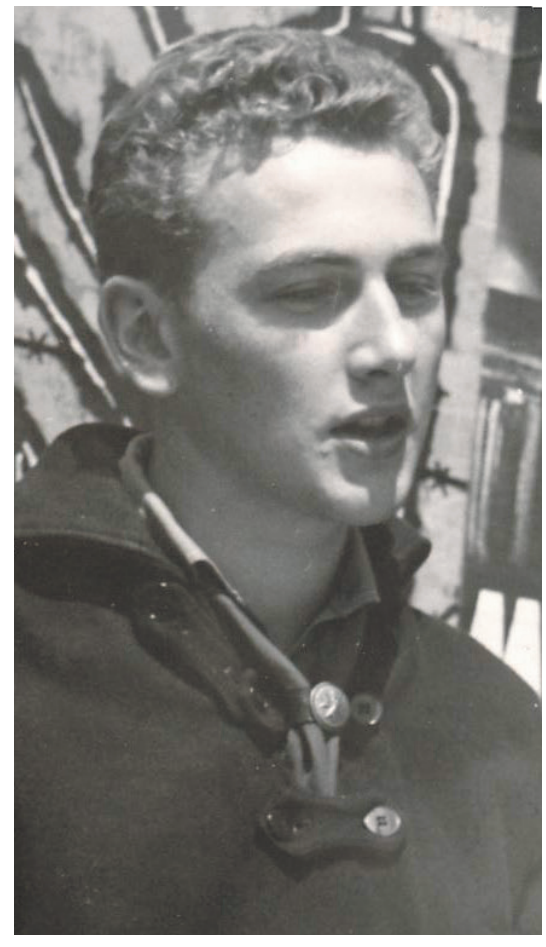


Abb. 13) Friedel Mägdefrau, der Vertreter des Stadtjugendringes, bei seiner Ansprache während der Kundgebung auf dem Lüdenscheider Marktplatz am 17. Juni 1959. Foto Gerhard Hennig.

21 LN 18. 6. 1959, Artikel „Gerechtigkeit – Freiheit – Frieden".

Abb. 14) Dr. Wilhelm Ehmer, der Vorsitzende des Ortskuratoriums Unteilbares Deutschland, hielt die Hauptansprache bei der Kundgebung zum Tag der Einheit am 17. Juni 1959. Foto Gerhard Hennig.

bis 1945.[22] Nach der Kundgebung übernahmen Jugendliche bis zum Abend die Wache an den beiden Mahnfeuern. Ab 15 Uhr liefen im Stadthaussaal insgesamt vier Vorstellungen mit Dokumentarfilmen über Berlin und Originalaufnahmen vom 17. Juni 1953. Rund 600 Interessierte sahen diese Filme.

Das Programm des 17. Juni 1960 glich dem des Vorjahres. Der Tag begann mit einer Feierstunde des Bundes der Vertriebenen am Ehrenmal. Ab 9:30 Uhr gab das Lüdenscheider Blasorchester ein Standkonzert auf dem Marktplatz. Um 9:45 Uhr versammelten sich die Jugendverbände auf dem Hof des Geschwister-Scholl-Gymnasiums, um gemeinsam zum Veranstaltungsort zu marschieren. Die Forderung dieses Jahres „Selbstbestimmung für alle!“ war wiederum zu beiden Seiten des Rednerpultes plakatiert. Während der Kundgebung sprachen Kreislandwirt Karl Bewerunge,[23] der Vorsitzende der Lüdenscheider Landsmannschaft Berlin-Brandenburg Fritz Klappenbach und Dr. Wilhelm Ehmer. Tausende Bürger aus Stadt und Kreis nahmen teil: „Landvolk aus dem gesamten Kreis Altena“, das „ortsbauernschaftsweise mit Bussen und eigenen Fahrzeugen“ gekommen war.[24] Es war die letzte Veranstaltung zum Tag der Einheit auf dem Marktplatz. (Abb. 15) Als die Bauarbeiten für das neue Rathaus begannen, mussten neue Kundgebungsorte gesucht werden: 1961 war es der Schützenplatz, 1962 die Weststraße, 1963 und 1964 der Platz vor dem Feuerwehrgerätehaus bzw. vor dem Finanzamt. Als der Platz im Stadtzentrum wieder frei war, hieß er nicht mehr Marktplatz, sondern Rathausplatz. Kundgebungen zum Tag der Einheit fanden aber nicht mehr statt.

Tage der Einheit 1961 - 1963

Zum Tag der Einheit 1961 hatte die sehr rührige Ost-West-AG des Zeppelin- und des Geschwister-Scholl-Gymnasium im Stadthaussaal eine Ausstellung unter dem Titel „Unteilbares Deutschland“ eröffnet. Gezeigt wurden Arbeiten zu Themen wie z. B. „Das Leben in der Zone“ oder „Was zusammenbleiben muss“. Die Kundgebung 1961 fand am Vorabend des 17. Juni vor der Schützenhalle auf dem Loh statt. Erstmals war mit Wenzel Jaksch MdB, dem Vizepräsidenten des Bundes der Vertriebenen, ein auswärtiger Redner eingeladen worden.[25] Der im April gewählte Oberbürgermeister Karl Diemer, FDP, eröffnete die Veranstaltung. (Abb. 16) Eindrucksvoll wurden Klänge der Berliner Freiheitsglocke und Worte des verstorbenen Berliner Regierenden Bürgermeisters Ernst Reuter vom Tonband eingespielt. Anschließend brachen die Jugendverbände zu ihrem schon traditionellen Schweigemarsch auf, begleitet vom Spielmannszug des Lüdenscheider Blasorchesters und den Trommeln der Pfadfinder, (Abb. 17) diesmal zum Ehrenmal an der Parkstraße, wo Dr. Ehmer im Schein der brennenden Fackeln ein kurzes Schlusswort sprach. Es war die letzte Kundgebung vor dem Berliner Mauerbau. Insgesamt 3.000 Menschen nahmen teil.[26]

Mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 wurde die letzte freie Verbindung zwischen beiden Teilen Deutschlands zerschnitten. Die Aussichten auf baldige Einheit schwanden. Die DDR konnte sich konsolidieren, denn erst die Mauer gab der SED die volle politische Kontrolle über die Bürger ihres Staates. Die Spaltung Deutschlands und besonders die Berlins hatten sich vertieft.

Dr. Ehmer war es durch sein Engagement, seine Tatkraft und seine Verbindungen, nicht zuletzt durch den Einsatz seiner publizistischen Möglichkeiten, gelungen, bedeutende Tage der Einheit in Lüdenscheid zu gestalten. Das ließ sich so nicht fortsetzen.

Zum 17. Juni 1962 waren Spruchbänder an verschiedenen Stellen der Stadt gespannt mit Aufschriften wie „Die Mauer in Berlin muß fort!“, „Die Wiedervereinigung bleibt unsere Aufgabe“, „Selbstbestimmungsrecht ist Menschenrecht!“. Der Kaufhof hatte ein Schaufenster zum Tag der Einheit gestaltet. An der abendlichen Kundgebung nahm erstmals eine starke Abordnung der Bundeswehr teil, und zwar des hier stationierten Transport-Bataillons. Die Hauptansprache hielt Stadtrat Müller-Schönau aus Westberlin. Er sagte u. a.: „Den 17. Juni begehen wir zum ersten Mal an der Mauer. Und zum ersten Mal sind jene Landsleute aus dem Ostsektor nicht bei uns im westlichen Teil Berlins, um mit uns für ihre Freiheit zu demonstrieren.“ (Abb. 18) Dem Schweigemarsch der Jugendverbände zum Ehrenmal schlossen sich die Offiziellen an. Begleitet wurde der lange Zug vom Trommlerchor des Blasorchesters. (Abb. 19) Am Ehrenmal war die Formation der Bundeswehr erneut aufmarschiert. Oberbürgermeister Diemer sprach dort die abschließenden Worte. Dabei gedachte er erstmals nicht nur der Toten des 17. Juni 1953, sondern auch derer, die seit dem 13. August 1961 auf der Flucht in die Freiheit ihr Leben verloren hatten. „Dieser Freiheit und ihrer Werte müssen wir stets eingedenk sein, gerade an dieser Stätte, auf der wir ein Ehrenmal errichtet haben für alle jene, die für ihr Vaterland fielen.“[27]

1963 jährte sich der Aufstand vom 17. Juni zum zehnten Mal. Die Auswahl des Gastredners, des Berliner FDP-Landesvorsitzenden William Borm,

Abb. 15) Tausende Menschen aus Stadt und Land nahmen an der Lüdenscheider Kundgebung am 17. Juni 1960 auf dem Marktplatz teil. Foto Gerhard Hennig.

22 Vgl. hierzu Joseph Spiegel: „Wie eine stille Oase des Friedens und der Ruhe“? – Anmerkungen zum kulturellen Leben in Lüdenscheid 1933 bis 1945, in: Michaela Häffner / Eckhard Trox (Hg.): Lockung und Zwang. Die Stadt Lüdenscheid im Nationalsozialismus. Begleitband zur Ausstellung (Forschungen zur Geschichte der Stadt Lüdenscheid – Objekte und Dokumente, Bd. 8), Lüdenscheid 1999, S. 129 – 154, hier 138 – 141.

23 Karl Bewerunge (* 20. 1. 1913, † 26. 8. 1993), CDU, seit 1952 Kreislandwirt, 1964 - 78 Präsident der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, 1961 - 76 MdB.

24 LN 18. 6. 1960 „In Einigkeit für die Freiheit“

25 Wenzel Jaksch (* 25. 9. 1896, † 27. 11. 1966), SPD, ab 1957 MdB, ab 1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen.

26 LN 19. 6. 1961, Artikel „Die Wiedervereinigung muß uns ein Herzensbekenntnis sein!“

27 LN 18. 6. 1962, Artikel „Gegen unmenschliche Zustände in der Zone“

Abb. 16) Karl Diemer (5. 2. 1892, † 6. 1. 1979), Rektor i. R., FDP, 1956 - 1964 Mitglied des Rates der Stadt Lüdenscheid, 1961 - 1964 Oberbürgermeister, 1956 Mitgründer des Lüdenscheider Geschichtsvereins. Foto Lucie Höppner.*

löste Diskussionen aus.[28] Borm hatte neun Jahre, von 1950 bis 1959, in Gefängnissen der DDR verbringen müssen. Er war ein eloquenter Redner, aber seine deutschlandpolitischen Vorstellungen waren selbst in seiner eigenen Partei nicht mehrheitsfähig. Zum ersten Mal wurde die Gemeinsamkeit der Demokraten bei der Gestaltung des Tages infrage gestellt. Im Kuratorium gab es Risse. Dr. Ehmer geriet unter Druck. Erst nach der Wende stellte sich heraus, dass der umstrittene Borm seit 1959 enge Verbindungen zur Stasi gehabt hatte. Die Kundgebung war mit 2.000 Teilnehmern gut besucht. Nach dem Schweigemarsch gedachte Oberbürgermeister Diemer im Schein der brennenden Fackeln am Ehrenmal der Toten des 17. Juni 1953.[29]

Die Verbände der Heimatvertriebenen und die mittel- und ostdeutschen Landsmannschaften stellten ein großes Kontingent der Teilnehmer an den Kundgebungen zum 17. Juni. Lüdenscheid hatte als im Krieg nicht zerstörte Stadt überdurchschnittlich viele Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen. Entsprechend entwickelte sich ein starkes und vielfältiges landsmannschaftliches Leben in deren Vereinen und Verbänden. Die Neubürger leisteten einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen, kirchlichen und kulturellen Entwicklung in der Stadt. – Die Forderung nach Wiedervereinigung schloss zunächst selbstverständlich die unter polnischer oder sowjetischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete – Ostpreußen, Schlesien, Pommern und Brandenburg östlich der Oder – ein. Das Landeskuratorium Unteilbares Deutschland Westfalen-Lippe gab ein Plakat heraus, das eine Karte Deutschlands in den Grenzen von 1937 zeigte, versehen mit der Aufschrift „3 geteilt? – niemals!“. (Abb. 20) Es war seit 1961 auch an vielen Stellen in Lüdenscheid zu sehen. Im Jahr 1964 distanzierte sich das Bundeskuratorium von diesem Plakat. Die Forderung nach Rückgewinnung der Ostgebiete in einem Friedensvertrag geriet zunehmend ins Abseits. Polen und die Sowjetunion hatten durch die Vertreibung und die Einbeziehung der ostdeutschen Provinzen in ihr Staatsgebiet längst Fakten geschaffen. Die Moskauer Vasallen in Ostberlin hatten diese Fakten schon 1950 bestätigt. Die Bundesrepublik Deutschland erkannte 1970 die Oder-Neiße-Linie als Grenze an, noch unter Friedensvertragsvorbehalt, weil das Grundgesetz es nicht anders zuließ. Die Vertriebenen waren enttäuscht, viele verbittert, über den sich abzeichnenden endgültigen Verlust ihrer Heimat. Um die Wiedervereinigung des zweigeteilten Deutschlands zu erreichen, wurde 1990 der Vorbehalt in Bezug auf die deutschen Ostgebiete aufgegeben.

Tage der Einheit 1964 - 1967

An den Vorabenden des 17. Juni 1964 und 1965 kamen Christen in der Aula des Städtischen Gymnasiums an der Sauerfelder Straße zu „überkonfessionellen Gebetsstunden für Mitteldeutschland“ zusammen. „Mitteldeutschland“, das war das Gebiet der DDR. Ostdeutschland, wo nur noch wenige Deutsche lebten, gehörte nicht mehr zu den Gebetsanliegen. Während der öffentlichen Kundgebung am Abend des Einheitstages 1964 sprach Günter Dach, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. 1.500 Lüdenscheider nahmen teil. Es war die letzte Veranstaltung unter freiem Himmel.[30] Im Mai 1965 legte der Vorsitzende des Ortskuratoriums, Dr. Ehmer, sein Amt nieder. Sein Nachfolger, Gewerbestudienassessor Heinz Köstermeier, leitete die Veranstaltung am 17. Juni 1965 in der Aula des Geschwister-Scholl-Gymnasiums. Das Lüdenscheider Jugendorchester spielte unter Leitung von Hanni Henning. Der Männergesangverein Euphonia sang unter Dirigent Friedrich Wilhelm Figge. Festredner war der neue sozialdemokratische Lüdenscheider Oberbürgermeister Erwin Welke, MdB. [31]

Ein Jahr später war Oberstudienrat Ulrich Zielke (* 10. 10. 1926, † 5. 6. 2003), SPD, Vorsitzender des Kuratoriums. Er leitete die Veranstaltung zum 17. Juni 1966, wiederum in der Scholl-Aula. Festredner war Dr. Walter Hostert, Leiter des Städtischen Gymnasiums und Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Lüdenscheid.[32] Hostert forderte, die nationalen Wertmaßstäbe der Jugend neu zu entwickeln. Er sagte u. a.: „Die Demokratie setzt zwar die Freiheit des politischen Handelns voraus, sie verlangt sie aber auch. Die Demokratie, die wir leben, muss überzeugen, sie muss den Bürgern die innere feste Überzeugung geben, dass sie, wie keine andere, die menschenwürdigste Staatsform ist.“ Der Chronist vermerkte: „Die Zuschauerreihen wiesen merkliche Lücken auf.“ Es war ein deutlicher Ermüdungseffekt eingetreten. Wenige Tage später tagte ein Ausschuss zur Vorbereitung des „13. Mittel- und Ostdeutschen Schülerwettbewerbs“. Laut Sitzungsniederschrift wies Oberbürgermeister Welke „in kurzen Worten auf die weltpolitische Atmosphäre in der Frage der deutschen Wiedervereinigung hin, die zur Zeit den ersehnten Tag noch in weiter Ferne ahnen lasse. Es gelte aber nach wie vor, für diesen Tag zu arbeiten. Hierfür könne auch niemals zu viel getan werden, denn es liege ohne Zweifel an uns Deutschen selbst, unsere Forderung der Welt gegenüber immer neu glaubhaft zu machen. Ganz besonders aber seien die mitmenschlichen

Abb. 17) Fackelzug der Jugendverbände am 16. Juni 1961 vom Schützenplatz zum Ehrenmal an der Parkstraße, hier auf der Knapper Straße, in der Bildmitte rechts die Einmündung der Lösenbacher Straße. Foto Gerhard Hennig.

28 William Borm (* 7. 7. 1895, † 2. 9. 1987), FDP, ab 1982 „Liberale Demokraten“, 1965 - 72 MdB, 1971/72 MdEP.

29 LN 18. 6. 1963, Artikel „Wille zur Freiheit ist heute noch in der Zone lebendig!“

30 LN 19. 6. 1964, Artikel „Wille zur Wiedervereinigung wachhalten!“

31 Erwin Welke (* 9. 1. 1910, † 28. 5. 1989), siehe „Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Lüdenscheid an Herrn Oberbürgermeister Erwin Welke in der Festsitzung des Rates am 22. Dezember 1971“ in Der Reidemeister Nr. 168 vom 3. 11. 2006, S. 1353 – 1360, und Dietmar Simon „Erwin Welke – Eine biographische Skizze“ in Der Reidemeister Nr. 196 vom 23. 10. 2013, S. 1695/1696.

32 Dr. phil. Walter Hostert (* 19. 5. 1926, † 14. 4. 2008), siehe Hartmut Waldminghaus „Zum 80. Geburtstag von Walter Hostert“ in Der Reidemeister Nr. 166 vom 12. 5. 2006, S. 1341/1342, und „Nachruf für Dr. Walter Hostert“ in Der Reidemeister Nr. 174 vom 2. 6. 2008, S. 1427.

Abb. 18) Der Kuratoriumsvorsitzende Dr. Wilhelm Ehmer am Rednerpult der Kundgebung zum 17. Juni 1962 in der Weststraße. Foto Heinrich Gründken.

Beziehungen zu pflegen und die Jugend für das Schicksal Deutschlands zu interessieren."[33] In der Feier zum 17. Juni 1967 um 11 Uhr in der Aula des Geschwister-Scholl-Gymnasiums sprach Dr. Ernst Achenbach, Mitglied des Bundestages und Mitglied des Europäischen Parlaments.[34] Über die Veranstaltung schrieb die Westfälische Rundschau: „In ganzen zehn Stuhlreihen saßen die Vertreter von Rat und Verwaltung der Stadt, an ihrer Spitze Oberbürgermeister Welke, daneben die Repräsentanten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Jugendliche waren an der Hand abzuzählen. Der Strom der Bürger, in den letzten Jahren bereits immer schwächer geworden, war nahezu ganz versiegt. Ihr Interesse scheint auf dem Nullpunkt angelangt zu sein."[35]

Ende der Veranstaltungen und des Kuratoriums

1968 feierte Lüdenscheid sein 700-jähriges Stadtjubiläum. An den Tag der Einheit wurde nicht mehr erinnert. Ein Leserbriefschreiber äußerte sich: „Am 17. Juni begannen die Veranstaltungen zur 700-Jahr-Feier der Stadt Lüdenscheid mit einer Totenfeier vor dem Ehrenmal. Wer glaubte, diese Ehrung sei verbunden worden mit einer Gedenkstunde zum 17. Juni, sah sich getäuscht… Wir standen dabei und schämten uns." Auch 1969 und in den folgenden Jahren fanden in Lüdenscheid Veranstaltungen zum Tag der deutschen Einheit nicht mehr statt. Ulrich Zielke schrieb in einem Brief vom 5. Oktober 1973 an das Bundeskuratorium in Berlin: „Als vor ca. sieben Jahren der bis dahin tätige Vorsitzende seine Arbeit im Kuratorium aufgab, bemühte sich der damalige Oberbürgermeister E. Welke vergeblich um einen Nachfolger. Der Bitte des Herrn Welke folgend, übernahm ich dann den Vorsitz kommissarisch. Aus gesundheitlichen Gründen habe ich Mitte 1972 die Tätigkeit im Ortskuratorium aufgegeben." Ernst Karsch hatte am 4. Juni 1968, wenige Wochen vor seinem Tod, sein Amt niedergelegt. In seinem Abschiedsbrief schrieb er: „Der Geldverkehr des Ortskuratoriums ist bedeutungslos geworden."[36]
Es fand sich niemand, die Arbeit des Ortskuratoriums weiterzuführen. Zehn Jahre lang geschah überhaupt nichts. Im August 1982 schließlich löste das Hauptamt der Stadtverwaltung die Bankkonten auf, überwies die geringen Restbestände an das Bundeskuratorium nach Berlin und übergab die noch vorhandenen Unterlagen, es waren im wesentlichen Buchungsbelege und Kontoauszüge, an das Stadtarchiv. Die Lüdenscheider Entwicklung war im Übrigen so oder ähnlich im ganzen Land zu beobachten. Die Stadt Lüdenscheid beteiligte sich wie die meisten Städte seit Ende der 1950er Jahre an der Finanzierung der Arbeit des Bundeskuratoriums Unteilbares Deutschland mit dem sogenannten Deutschlandpfennig. 1 Pf. je Einwohner und Jahr gingen für diesen Zweck auf ein Sonderkonto des Deutschen Städtetages. Entsprechend seiner Einwohnerzahl überwies Lüdenscheid bis 1981 jährlich 750,-- DM; dann kürzte die Stadt den Betrag auf 250,-- DM jährlich, bis er nach 1990 entfiel.[37] Das Beharren auf der Wiedervereinigung war bis Mitte der 1960er Jahre gemeinsamer Wille der demokratischen Parteien. Jetzt begann es, die Politik zu spalten. Während die einen das Festhalten an der Einheit Deutschlands als „Lebenslüge der Republik" bezeichneten, blieben die anderen dabei, dass – nach einem Wort Abraham Lincolns – „nichts endgültig geregelt ist, wenn es nicht gerecht geregelt ist". Der letzte Vorsitzende des Ortskuratoriums, Ulrich Zielke, verlangte in der letzten Lüdenscheider Veranstaltung zum 17. Juni „eine wirklichkeitsnahe, vernünftige Orientierung in der Deutschlandfrage" und rief auf: „Wir müssen der Welt beweisen, dass wir den Frieden wollen.

Abb. 20) Plakat des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, ca. 1960 - 1965; Bundesarchiv Plak 005-047-006.

Abb. 19) Ein Teil des Fackelzuges am 17. Juni 1962 auf dem Weg von der Weststraße zum Ehrenmal an der Parkstraße, hier auf der oberen Altenaer Straße. Foto Heinrich Gründken.

Wir müssen uns als Willenseinheit zeigen." Aber die überparteilichen Bekundungen des Willens zur Wiedervereinigung gehörten der Vergangenheit an. Jetzt rückte das Friedensthema in den Vordergrund. Aber war Frieden ohne Einheit, Freiheit und Recht zu haben? – 1972 stellte sich der Geschäftsführende Vorsitzender des Bundeskuratoriums Unteilbares Deutschland, Wilhelm Wolfgang Schütz, hinter die Ostpolitik Willy Brandts, erklärte seinen Beitritt zur SPD und seinen Rücktritt aus dem Kuratorium. Die Erinnerung an den 17. Juni 1953 war für die SED-Führung in Ostberlin ein ständiges Ärgernis. Die Kundgebungen und Aktionen passten nicht mehr in den Rahmen der sozialliberalen Entspannungspolitik. Das Kuratorium Unteilbares Deutschland verlor an Bedeutung. Nach der Wiedervereinigung löste es sich auf. Zur 30. Wiederkehr des 17. Juni 1953 versuchte der Vorsitzende des Lüdenscheider

33 Stadtarchiv B 137 691.
34 Dr. jur. Ernst Achenbach (* 9. 4. 1909, † 2. 12. 1991), FDP, 1950 - 58 MdL Nordrhein-Westfalen, 1957 - 76 MdB, 1962 - 76 MdEP.
35 WR 19. 6. 1967, Artikel „Desinteresse am 17. Juni – Zehn Stuhlreihen reichten".
36 Stadtarchiv B 137 691.
37 Stadtarchiv B 139 330.

Vertriebenenbeirates, Ratsherr Herbert Schönwälder (* 28. 1. 1916, † 9. 1. 2010), CDU, im Einvernehmen mit den ostdeutschen Landsmannschaften und der Stadtverwaltung eine Wiederbelebung der Veranstaltung zum Tag der Einheit. Am Vorabend des 17. Juni fand vor dem Rathaus eine öffentliche Gedenkstunde statt. Zum Thema des Tages sprach der neue Lüdenscheider Bundestagsabgeordnete Wolfgang Lohmann, CDU. Der Posaunenchor des CVJM begleitete die Veranstaltung musikalisch und spielte abschließend die Nationalhymne. Schon die Begründung in dem Einladungsschreiben war zu hinterfragen. Wenn es z. B. hieß: „Das Bewusstsein um die Bedeutung des 17. Juni als Tag der deutschen Einheit hat in der breiten Öffentlichkeit immer zu geringen Widerhall gefunden", so lässt sich diese Behauptung angesichts von mehreren Tausend Teilnehmern an den Veranstaltungen vor 1964 zumindest für Lüdenscheid nicht aufrechterhalten. Allerdings, eine Volksbewegung für die Wiedervereinigung, wie sie das Kuratorium Unteilbares Deutschland einst anstrebte, war nicht entstanden. Die Westdeutschen nutzten den arbeitsfreien Tag weitgehend als willkommene Gelegenheit zur Fahrt ins Grüne. Die Freibäder und die Ufer der Talsperren füllten sich. Der Tag der Einheit wurde spöttisch als „Bundesbadetag" bezeichnet. In der Einladung schrieb Schönwälder: „Die junge und mittlere Generation will aber verstärkt über die Ursachen des tragischen 17. Juni 1953 informiert werden." Hier überlagerte wohl der Wunsch die Wirklichkeit. Die Teilnahme an der Veranstaltung blieb schwach. Die Zeitung sprach von „einem nur kleinen Kreis Interessierter". Während in früheren Jahren die Berichte über die Kundgebungen meist die komplette erste Lokalseite einnahmen, erschien jetzt nur ein kurzer Artikel auf der dritten Lokalseite.[38] Der Versuch einer Wiederbelebung der Veranstaltungen zum 17. Juni war gescheitert. Im Übrigen: Wer sich über die Ursachen des Volksaufstandes in der DDR informieren wollte, fand und findet dazu jederzeit ausreichendes und gutes Material.

Deutsche Wiedervereinigung

Was in den Feierstunden zum 17. Juni ersehnt worden war, das verwirklichten im Herbst 1989 die Menschen in der friedlichen Revolution in der DDR. Es waren die Kinder und Enkel derer, die im Juni 1953 den Aufstand gewagt hatten. Am 9. November fiel die Mauer. Am Tag des Mauerfalls und in den Wochen danach zeigten die Menschen aus Ost und West in überwältigender Weise, dass sich ein gesamtdeutsches Bewusstsein erhalten hatte. Es war eine Sternstunde der Geschichte, dass die Einheit in Freiheit und Frieden erreicht werden konnte. Hatte sich damit erfüllt, was wir gesungen haben und heute noch singen: „Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand – Blüh im Glanze dieses Glückes, blühe, deutsches Vaterland!"? Der Tag der Deutschen Einheit ist heute der 3. Oktober, der Tag, an dem 1990 die Wiedervereinigung vollzogen wurde. Er fasst das Geschehen des 17. Juni und des 9. November zusammen und ist deshalb nicht mehr nur auf den Ton des Gedenkens und der Mahnung gestimmt, sondern vor allem auf den Ton der Dankbarkeit und der Freude. Wir haben allen Grund, für die Wiedervereinigung, für Recht und Freiheit, für Demokratie und Sozialstaat, für die geleistete gemeinsame Anstrengung seit 1989 dankbar zu sein. Sicherlich ist nicht alles so, wie es sein sollte. Große Aufgaben bleiben. Aber wir haben die Chance, die Teilung endgültig zu überwinden und die gemeinsame Zukunft in Verantwortung füreinander zu gestalten.

Zusammenfassung

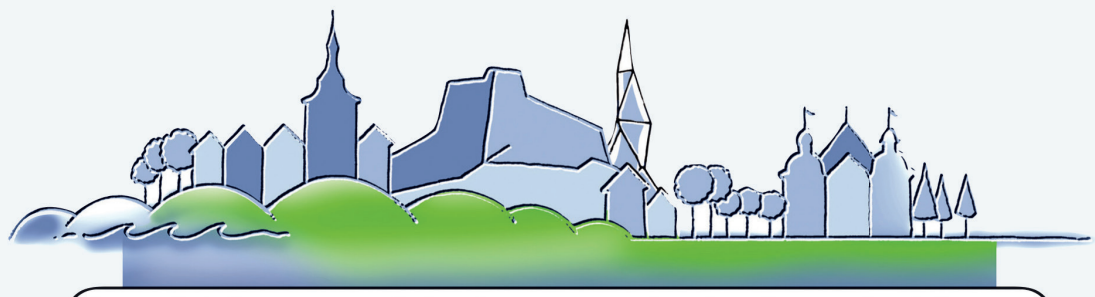
In der Rückschau ergeben sich für Lüdenscheid drei Phasen der Ausrichtung des Tages der deutschen Einheit: 1. Von 1954 bis 1958 wirkten die Feiern zum 17. Juni nach innen, in die Stadt hinein. Unter dem übergeordneten Ziel „Einheit in Frieden und Freiheit" konnten sich in der Aufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg die Parteien und die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen treffen. Das Ortskuratorium Unteilbares Deutschland führte diese Gruppen und Institutionen zusammen. Das ehrenamtliche Element überwog. Die Redner waren ausschließlich Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben der Stadt. Die Vertriebenenverbände und Landsmannschaften setzten starke Akzente. Auch die Lüdenscheider Jugendverbänden schlossen sich zusammen. Die gemeinsamen Feiern zum 17. Juni waren ein wichtiges Erleben und ein wesentliches Identifikationsmerkmal. 2. Die Tage der Einheit in den Jahren von 1959 bis 1963 wirkten durch die großen Kundgebungen und eindrucksvollen Demonstrationen vor allem nach außen. Die Veranstaltungen wurden professioneller. Die Redner kamen von außerhalb, vornehmlich aus Westberlin. In den Berichten wird immer wieder betont, dass Bewohner aus dem ganzen Kreis Altena teilnahmen. Der 17. Juni wurde für Stadt und Kreis gestaltet. Die Einladungen gingen gezielt über die Stadt hinaus. Lüdenscheid war noch nicht Kreisstadt, nahm aber mit diesen Veranstaltungen eine solche Funktion wahr. Die Tage der deutschen Einheit in Lüdenscheid fanden überregional Beachtung. Auch in Ostberlin werden sie registriert worden sein.
3. Die Phase von 1964 bis 1967 ist gekennzeichnet durch Ermüdungseffekte, nachlassendes Engagement, Resignation vor der Macht des Faktischen. Die Teilnehmerzahlen gingen rapide zurück. Nach dem Bau der Mauer benötigte das Erstreben der deutschen Wiedervereinigung einen sehr langen Atem, den bekanntlich nicht alle haben. Das Ortskuratorium Unteilbares Deutschland zerfiel. Auch die Jugendverbände verloren an Bedeutung und ließen in ihrem Engagement nach. Es gab dafür Gründe. Lüdenscheid konnte sich nicht aus allgemeinen Entwicklungen und Trends heraushalten. Die überparteiliche Plattform wurde verlassen. Die gemeinsamen Bekundungen des Wiedervereinigungswillens gehörten der Vergangenheit an.
Rückblickend belegt der 17. Juni, dass es sich trotz übermächtig erscheinender Verhältnisse lohnt, für Freiheit und Recht, für Demokratie und die Würde des Einzelnen einzutreten. Das gilt auch in der Gegenwart und es gilt für jedes Land der Welt.

Abbildungsnachweis:
Abb. 1, 7, 12, 13, 14, 15, 17, 18 und 19 Zeitungsarchiv Lüdenscheider Nachrichten
Abb. 2, 10 und 11 Verfasser
Abb. 3, 5, 6, 8 und 16 Bildsammlung Stadtarchiv Lüdenscheid
Abb. 4, 9 und 20 Bundesarchiv Koblenz

Autor:
Verwaltungsdirektor i. R.
Hartmut Waldminghaus,
Dürerweg 13, 58509 Lüdenscheid

38 LN 17. 6. 1983, Artikel „Lohmann zum Tag der Einheit: Deutsche Frage ist nur im europäischen Rahmen zu lösen".

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung
Herausgeber: Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid e.V.
Rathausplatz 2, 58507 Lüdenscheid, Telefon 02351 / 17-1599
www.ghv-luedenscheid.de
Schriftleiter: Dr. Dietmar Simon
Druck: Märkischer Zeitungsverlag GmbH & Co. KG



Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid e.V.